

Exklusives Dokument: So werden Berliner Kliniken auf Krieg gegen Russland vorbereitet

Christian Schwager, Raphael Schmeller : : 4.10.2025



Kriegsvorbereitung

Der „Rahmenplan Zivile Verteidigung“ sieht unter anderem Triage zugunsten des Militärs vor. Ärzte warnen: „Die Zivilbevölkerung kommt ganz zum Schluss“.

[Christian Schwager](#)[Raphael Schmeller](#)

04.10.2025 , 20:03 Uhr



Ein Bundeswehr-Arzt kümmert sich im mobilen Feldkrankenhaus der Bundeswehr um einen Patienten. Boris Roessler/dpa

Die Vorbereitungen für einen Krieg gegen [Russland](#) laufen auf Hochtouren. Die Bundesregierung will das Land so schnell wie möglich kriegstüchtig machen und investiert dafür Rekordsummen in die Aufrüstung der Bundeswehr. Auch eine Rückkehr der Wehrpflicht dürfte bald bevorstehen.

Parallel dazu wird die sogenannte Zivile Verteidigung vorangetrieben. Im Zentrum stehen die Krankenhäuser, die im Kriegsfall nach Angaben der [Bundeswehr](#) täglich bis zu 1000 verwundete Soldaten versorgen müssten. Allein Berlin hätte die Aufgabe, 100 verletzte Soldaten pro Tag aufzunehmen.

Von der Ukraine zum Berliner Krankenhaus

Um dies sicherzustellen, hat die Berliner Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege gemeinsam mit den großen Kliniken der Hauptstadt ein streng vertrauliches Arbeitspapier erarbeitet, den „Rahmenplan Zivile Verteidigung Krankenhäuser Berlin“.

Bislang waren nur einzelne Passagen daraus bekannt. Doch der Berliner Zeitung liegt das Dokument nun exklusiv vollständig vor. Es umfasst 26 Seiten und steckt voller brisanter Szenarien und Anordnungen, die bislang nicht an die Öffentlichkeit gelangt sind.

Gleich zu Beginn wird der Bezug zum aktuellen Weltgeschehen hergestellt. Der russische Überfall auf die [Ukraine](#) am 24. Februar 2022 stelle einen zentralen Wendepunkt im Umgang mit der zivilen Verteidigung in Deutschland dar. Generalmajor Andreas Henne wird anschließend mit den Worten zitiert:

„Die gesamte Gesellschaft sollte verteidigungswillig sein. Wir sind nicht mehr im Frieden, aber auch noch nicht im Krieg.“

Behörden mit erweiterten Befugnissen

Besonders heikel ist eine Passage, die den Behörden weitreichende Befugnisse zuschreibt. Demnach könnten die nach Landesrecht zuständigen Behörden nach Freigabe durch die Bundesregierung anordnen, dass Einrichtungen der gesundheitlichen Versorgung ihre Leistungsfähigkeit auf die Anforderungen im Verteidigungsfall umstellen, erweitern und ihre Einsatzbereitschaft herstellen.

Doch gleichzeitig heißt es im Plan: „Die Finanzierung entsprechender Maßnahmen betrifft eine wesentliche Fragestellung, die bislang noch nicht abschließend beantwortet werden kann.“ Und weiter: „Personelle und sächliche Verwaltungskosten werden (vom Bund) nicht übernommen“.

Wie der Plan unter diesen Umständen in die Tat umgesetzt werden soll, ist rätselhaft. Denn die finanzielle Situation der 53 Plankrankenhäuser Berlins ist seit geraumer Zeit extrem angespannt. Etwa 70 Prozent der Kliniken schreiben tiefrote Zahlen. Das liegt vor allem daran, dass das Land Berlin seine gesetzliche Verpflichtung in der Vergangenheit nur unzureichend erfüllt hat, die Investitionen in die Krankenhäuser sicherzustellen, egal ob die Träger kommunal, privat oder gemeinnützig sind. Damit nicht genug: Auch der aktuelle Berliner Doppelhaushalt sieht schmerzhaft Einschnitte vor.

Gleichzeitig hat der vormalige Bundesgesundheitsminister [Karl Lauterbach](#) (SPD) eine [Krankenhausreform](#) auf den Weg gebracht, die den Abbau stationärer Kapazitäten vorsieht. Für Ausgleich soll der ambulante Sektor sorgen. Der bewegt sich in Berlin allerdings schon jetzt vielerorts am Limit. Wie das Problem gelöst werden sollen, beantwortet der Rahmenplan nicht.

Er beschreibt derweil sechs Basisszenarien, von „erhöhtem Patientenaufkommen und funktionsfähiger Infrastruktur“ bis zu „kriegerische Auseinandersetzung in Berlin“ und „vollständige Evakuierung des betroffenen Gebietes (Berlin)“ Im Ernstfall müsse der Klinikbetrieb radikal umgebaut werden: „Bei Eintritt des Falles der Zivilen Verteidigung ist damit zu rechnen, dass der Klinikbetrieb grundlegend umstrukturiert und angepasst werden muss. (...) Die Berliner Plankrankenhäuser müssen in der Lage sein, von Individualmedizin auf Katastrophenmedizin umzustellen.“

„Mit der Formulierung ‚von Individualmedizin auf Katastrophenmedizin umzustellen‘ wird beschönigend ausgedrückt, was im Bündnis- oder Verteidigungsfall geschehen wird: Ein Paradigmenwechsel in der [Gesundheitsversorgung](#)“, sagt die Medizinerin Dr. Angelika Claußen, Vorsitzende des Vereins „Ärzte zur Verhütung eines Atomkriegs“ (IPPNW). „Nicht die individuelle Gesundheit steht im Mittelpunkt, sondern der Versuch, mit der Realität eines Krieges zurechtzukommen.“ Es sei eine Beschönigung der Tatsache, dass es sich um Kriegsmedizin handeln werde, so Claußen gegenüber der Berliner Zeitung. Das Mindeste sei es, der Bevölkerung reinen Wein einzuschenken: „Es geht um die Vorbereitung der Krankenhäuser auf Krieg.“

Patienten raus, Platz für Soldaten

Im Ernstfall müssten Kapazitäten für Verwundete geschaffen werden. Dafür sieht der [„Rahmenplan Zivile Verteidigung Krankenhäuser Berlin“](#) vor, dass bereits aufgenommene Patienten „nach Möglichkeit entlassen bzw. in eine Klinik oder Station mit niedrigerer Versorgungsstufe verlegt werden.“

Dazu heißt es weiter: „Es ist zu prüfen, ob diese Krankenhäuser (niederer Versorgungsgrad) nach Möglichkeit Patientinnen/Patienten entlassen und Betten für die Rehabilitation verletzter Streitkräfte vorhalten können.“ In diesen knappen Worten steckt Zündstoff. Angelika Claußen warnt: „Hier wird deutlich, dass die bestmögliche Versorgung der verletzten Soldaten priorisiert wird, mit dem wahrscheinlichen Ziel der erneuten Kriegsverwendungsfähigkeit. Patienten sollen entlassen werden, um Platz zu machen für Soldaten.“

Besonders brisant ist vor diesem Hintergrund die Passage zur Triage: „Die medizinische Triagierung im Krankenhaus (...) betrifft die Triagierung bzw. die Priorisierung von militärischem Personal im Verhältnis zu Zivilisten.“ Was das in der Praxis bedeutet, beschreibt Angelika Claußen so: „Triage im Krieg zielt darauf, verwundete Soldaten wieder kriegstüchtig zu machen. Die Zivilbevölkerung kommt ganz zum Schluss.“

Schon jetzt ist Personal knapp

Ein Kernproblem für die Kriegsertüchtigung ist der Mangel an Ärzten und Pflegekräften. Die personellen Ressourcen sind knapp – und sie werden in naher Zukunft noch knapper. Der demografische Wandel führt dazu, dass sich die geburtenstarken Jahrgänge aus dem Berufsleben verabschieden. Im Gesundheitswesen wirkt sich das doppelt schwer aus, schließlich wird medizinisches und pflegerisches Personal irgendwann selbst auf das System angewiesen sein.

Entsprechend realistisch kommen die Autoren des Plans zu dem Schluss, dass die Verfügbarkeit von ausreichend qualifiziertem Personal eine der wesentlichen Herausforderungen ist. Wie knapp die Personaldecke im Kriegsfall sein dürfte, lassen die folgenden Formulierungen erkennen: „Es ist zu prüfen, ob Nebenerwerbserlaubnisse bzw. genehmigte Nebentätigkeiten der Beschäftigten in den Krankenhäusern (...) zurücknehmen bzw. zu widerrufen sind, um einen reibungslosen Dienstbetrieb (...) sicherzustellen.“

Ebenso aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang die Passage zu Flüchtlingsbewegungen. Im Plan heißt es dazu: „Im Rahmen der Kapazitätsplanung des Personals sind etwaige Flüchtlingsbewegungen (‘Flüchtlingswellen’ aus anderen [Nato](#)- und [EU](#)-Staaten sowie im V-Fall auch die Binnenmigration innerhalb Deutschlands zu berücksichtigen.“ Geflüchtete Fachkräfte als potenzielle Arbeitskräfte in Berliner Krankenhäusern?

Die Diskrepanz zwischen der Realität und dem Vorhaben Kriegstüchtigkeit ist unübersehbar. Angelika Claußen fasst es so zusammen: „Die Gesundheitspolitik von Bund und Ländern ist nicht in der Lage, die Gesundheitseinrichtungen in Friedenszeiten mit ausreichend Personal auszustatten“. Angesichts des Personalnotstands munde es weltfremd an, sich auf Herausforderungen der medizinischen Personalversorgung im Kriegsfall vorbereiten zu wollen.

Kliniken als Kriegsschulen

Claußen nahm unlängst an einer Veranstaltung für die Berliner Krankenhäuser teil. Es ging darum, die Beschäftigten der Kliniken aktiv auf Krieg vorzubereiten. Brisant wird es, wenn der Rahmenplan auf dieses Thema zu sprechen kommt. Zur „Information und zur Sensibilisierung“ der Beschäftigten der Krankenhäuser für das Themengebiet Zivile Verteidigung, heißt es da, sei unter anderem eine Veranstaltungsserie geplant, „zwei bis drei Veranstaltungen im Jahr ab Sommer 2025.“

Die Ärztin Angelika Claußen sieht auch darin einen Widerspruch, sie sagt: „Zwei bis drei Fortbildungsveranstaltungen pro Jahr werden weitere Zeitressourcen des Personals kosten. Der Berliner Senat will das Personal für die Vorbereitung zum Krieg gewinnen, ist aber andererseits nicht bereit, die nötigen Kosten für den Normalbetrieb aufzubringen.“

„Prävention bedeutet, Krieg zu verhindern“

Claußen zieht ein deutliches Fazit: Der „Rahmenplan Zivile Verteidigung Krankenhäuser Berlin“ ergebe sich logisch aus der „Neuorientierung der deutschen Politik von der Kriegsverhütung zur Kriegsertüchtigung“. Sie fordert Transparenz und Aufklärung statt Geheimhaltung bei den derzeit in Berlin vorbereiteten Planungen. Im Krieg gebe es keine gute Versorgung für die Zivilbevölkerung. Die Ärztin mahnt: „Prävention bedeutet nicht, sich auf den Krieg vorzubereiten, Prävention bedeutet, Krieg zu verhindern.“